

Wie die Alten, aber mit Selfie

Talkrunde der Tagblatt-Jugendredaktion „Freistunde“ mit fünf jungen Politikern

„Darf ich noch nen Snap mit dir machen?“ Wer die Begrüßung kapriert, egal wie alt er ist, war am späten Dienstagnachmittag richtig bei der Talkrunde der „Freistunde“, der Jugendredaktion der Mediengruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung. Im Saal des Alten Schlachthofs stellten sich Michael Hien (CSU), Johanna Uekermann (SPD), Matthias Ernst (Die Grünen), Johannes Spielbauer (Die Linke), Stefan Beck (ÖDP) den Fragen des Moderatorenteams Sophia Häns und David Voltz. Gefördert wurde die Veranstaltung vom Bundesprogramm „Demokratie leben – Wir sind Straubing“.

Umweltschutz, Integration von Flüchtlingen, kostenlose (Aus-)Bildung, Infrastruktur (vor allem ÖPNV und E-Mobilität) und Verbot von Waffenexporten, bei diesen Themen griffen die Podiumsteilnehmer auf die bekannten Aussagen ihrer Parteien zurück. Ausgeklammert wurde aber die Frage, wer welche geforderte Maßnahme wie bezahlen soll. Der digitale Ausbau, ein großes Thema im Wahlkampf und sicher auch bei der Generation Digital Natives, kam nicht zur Sprache.

Nach jeder Fragerunde konnten die jungen Zuschauer mit einem lachenden Smiley signalisieren, dass ihnen die Antworten ausreichend waren, oder mit einem „Häufchen“-Emoticon ausdrücken, dass Sie nicht mit der Antwort einverstanden sind, ein Brillen-Smiley verriet „danke, alles verstanden“, ein grübelndes gelbes Gesicht, dass man noch eine Nachfrage habe. (Die Emoticons feierten an diesem Tag übrigens ihr nicht jugendhaftes Alter von 35 Jahren.)

Gretchenfrage: Wahlalter senken?

Gretchenfrage des Abends war: Sollten Kinder oder Jugendliche wählen dürfen? Da war sich die Runde im Grunde mit einem „Ja“ einig. Unterschiede gab es beim Alter. Stefan Beck (ÖDP) favorisierte die Wahl ab 14, vorher dürften die Eltern für jedes Kind mit abstimmen. Die Vertreter von CSU, SPD und Linke plädierten für „ab 16“, Matthias Ernst (Die Grünen) war für keine Altersbeschränkung.

Hien als CSU-Stadtrat punktete damit, dass er immer wieder einen



Moderatoren und Podiumsgäste waren umringt von Zuhörern.

konkreten lokalen Bezug herstellte und damit Themen nicht nur abstrakt anging. Er musste sich bei Forderungen wie „Schulen besser ausbauen und fördern“ von Juso-Chefin Johanna Uekermann anhören, dass die CSU, die in Bayern regiert, das schon längst erledigen hätte können. Und Beck schrieb ihm ins Stammbuch: „Auch in Bayern gilt das Grundgesetz.“

Nennenswerten Applaus gab es zweimal an diesem Abend aus dem Publikum, zu der Uekermann-Aussage, dass Manager-Gehälter gedeckelt werden sollten, und zu der Grundgesetz-Aussage.

Johannes Spielbauer (Die Linke) ergänzte bei der Frage, wie Integrationsarbeit zu bewerkstelligen sei, nicht nur die Forderung der anderen nach mehr Sprach- oder Integrationskursen. Sportvereine, und damit jeder Sportler, seien auch gefragt. Rund 50 Gäste begrüßte die Talkrunde der Freistunde, über 20 davon konnte man attestieren, dass sie nicht unter Erstwähler fallen. Moderator David Voltz kündigte an, dass es mehr Freistunde-Talkrunden zu verschiedenen Themen geben wird.

Jugendwahlrecht stärkt die Demokratie

Kritik gab es im Vorfeld von der FDP, da die Liberalen nicht eingeladen waren. Voltz erklärte, dass man Vertreter der Parteien eingeladen



„Demokratie leben“ war ein Motto, das alle Teilnehmer vertraten.

hätte, die derzeit im Bundes- oder Bayerischen Landtag oder im Stadtrat von Straubing vertreten seien. Daher fiel die FDP weg. Die Linke wurde eingeladen, von den Freien Wählern gab es keine Rückmeldung.

Zum Schluss des Abends wollte der Tagblatt-Redakteur noch wissen, wie die Runde, die das Wahlalter senken will, weil Jugendliche in der Lage seien, konkrete eigene Entscheidungen zu treffen, dazu steht, auch die Strafmündigkeit abzusenken. Bis 21 gilt das Jugendschafrecht, weil man Reifeverzögerungen geltend machen kann.

Johanna Uekermann antwortete für alle, die anderen stimmten der Aussage zu: Wenn Jugendliche wäh-

len dürfen, stärkt das die Demokratie, und daran sollte man möglichst früh beteiligt werden. Auf der anderen Seite müsse man Jugendlichen zugestehen, dass sich für sie im Zweifelsfall ein Fehler nicht auf das ganze zukünftige Leben auswirke. Also „Ja“ zum Wahlrecht für Jugendliche und „Nein“, sie vor dem Recht als Erwachsene zu behandeln.

Diskutiert wurde mit Spitzengegen Politiker der anderen Parteien oder deren Aussagen, aber die Ziele wurden jeweils jugendlich direkt betont.

Mit einem Gruppenselfie zusammen mit den Moderatoren und anschließenden Einzelgesprächen ging die junge Politikrunde auseinander.